



Essay

Neoliberalismus 2.0?

Ist es ein Meisterstück in der Disziplin ›Herstellung ideologischer Dominanz‹? Ist es Ausdruck eines kompletten Realitätsverlustes der Machteliten? Ist es beides? Eigentlich müsste der Neoliberalismus als Denkschule, die den Anspruch erhebt, ernsthafte politische Handlungsanweisungen zu erzeugen, mausetot sein. Und zwar nicht deshalb, weil eine starke Linke und breite Volks- und Streikbewegungen die Machteliten zu einer ideologischen Wende genötigt hätten (leider). Sondern deshalb, weil die neoliberalen Handlungsstrategien für die Machteliten selbst immer riskanter und disfunktionaler werden. Doch von mausetot kann gegenwärtig keine Rede sein. Im Gegenteil: Im Umgang mit der sogenannten ›Schuldenkrise‹ feiert das neoliberale Gedankengut eine Auferstehung, dass einem Hören und Sehen vergehen könnte.

Die bürgerlichen Machteliten lassen zu, dass die Finanzmärkte immer mehr Staaten aus spekulativen Motiven in den Schwitzkasten nehmen. Die Neoliberalen feiern dies als heilsame Dominanz der Märkte über die Politik. Die Staaten hätten, so die neoliberale Saga, über ihre Verhältnisse gelebt, und jetzt helfe nur eines: radikal sanieren, und zwar ausschliesslich – oder zumindest überwiegend – auf der Ausgabenseite. Die Gründe, die zur Destabilisierung der Staatsfinanzen geführt haben – die Rettung der Banken und anderer Grosskonzerne während der Finanzkrise 2008 wie auch die Folgen der Wirtschaftskrise – werden ebenso ausgeblendet wie die desaströse Wirkung der geforderten Spar- und Deregulierungspolitik. Zum Beispiel auf die griechische Wirtschaft: Sie wird seit eineinhalb Jahren in eine Negativspirale von hohen Finanzmarktzinsen, Sparpolitik und Wirtschaftsniedergang getrieben. Das bleibt gerade jenen, die auf Renditen achten, keineswegs verborgen: Die Anleger auf den Finanzmärkten lassen sich nicht täuschen. So zitiert die NZZ, nachdem EU und IWF das neueste ›Rettungspakets‹ für Griechenland verabschiedet haben, den US-Kommentator und Vermögensverwalter Barry Ritholtz: Es sei »völlig klar, dass nicht Griechenland oder das griechische Volk gerettet werden soll, sondern internationale Banken (und andere Geldgeber wie Versicherungen). Auch hier finde, wie in den USA, eine Sozialisierung der Verluste und eine Privatisierung

der Gewinne statt. Im Gegensatz zum häufig zu hörenden Vorwurf, Griechenland habe sich finanziell und wirtschaftlich verantwortungslos verhalten, sieht Ritholtz

Beat Ringger

Beat Ringger ist Zentralsekretär des vpod und geschäftsleitender Sekretär des Denknetzes.



Essay

die Schuld bei den geldgebenden Banken« (›Kritik an der indirekten Krisenbewältigung«, NZZ vom 4.7.2011). Klare Worte, denen nichts beizufügen ist. Doch neoliberales Gedankengut ist selbst immun gegen die Einflüsterungen der eigenen Finanzeliten...

Mittlerweile treffen die wild gewordenen Finanzmärkte und ihr Spekulationsgebaren nicht mehr nur die ökonomisch angeschlagenen Länder, sondern auch die USA oder die Schweiz. Rating-Agenturen jagen die US-Politik wie weiland der Metzger die Sau durchs Dorf. Dass sich Standard&Poor's bei der Rating-Abklassierung der USA gleich um Beiträge in Milliardenhöhe verrechnet hatte, steckten die Rating-Boys mit einem Achselzucken und einem Umschreiben ihrer Klassierungsbegründung weg (was Paul Krugman, US-Professor für Volkswirtschaft, mit der Bezeichnung »Vollidioten« honorierte). Im Fall der Schweiz wiederum wird eine – im neoliberalen Sinn »vorbildliche« – Wirtschaft mit den Mitteln der Währungsspekulation in die Knie gezwungen. Ohne entschlossenes Eingreifen der Politik wird die Spekulation auf hohe Frankenkurse solange weitergehen, bis die hiesige Wirtschaft in eine tiefe Rezession schlittert. Wenn der Schaden dann angerichtet sein wird, werden die Spekulanten den Hebel umlegen und auf den fallenden Frankenpreis setzen. Dazu fällt den neoliberalen KommentatorInnen nichts Besseres ein als: »Kopf einziehen und arbeiten, etwas anderes gibt es nicht« (Beat Kappeler in der NZZ am Sonntag vom 7.8.11).

Ein konstituierendes Element des Neoliberalismus ist die Überzeugung, Marktmechanismen seien als Regulationsprozess a priori allen anderen Formen der Steuerung überlegen. Nur in wenigen Ausnahmefällen seien staatliche Regulierungen überhaupt legitim. Insbesondere würden »freie« Finanzmärkte die mit Abstand beste Zuordnung (Allokation) der Geldmittel in der globalen Ökonomie gewährleisten. Doch in Wirklichkeit gibt es eine solche Trennung von Märkten und Politik nicht. Vor allem die Akteure des Finanzmarkts besorgen ihr spekulatives Geschäft in enger Verzahnung mit dem jeweiligen Wirtschafts- und Fiskalgebaren eines Landes – sei es nun die »Allen-Leuten-ein-eigenes-Haus«-Politik der Bush-Regierung, die den Boden für die Subprime-Krise bereitet hatte, oder die aktuelle Sparpolitik in einer wachsenden Zahl europäischer Länder oder der mangelnde Wille, die Spekulation auf den hohen Frankenkurs wirksam zu blockieren.

Die Wirkungen dieser Verzahnung werden immer abstruser. Illustratives Beispiel: Die isländische Bevölkerung hat sich in zwei Volksabstimmungen geweigert, die »Rettungspakete« von EU und IWF zu akzeptieren und die Schulden der Banken mit Steuermitteln abzugelten. Mit durchschlagendem Erfolg: Island wird von den Finanzmärkten zu-



Essay

nehmend positiv bewertet und kann bereits wieder Gelder für Staatsanleihen auf den Finanzmärkten aufnehmen. Anders Irland: Der in der Stossrichtung gleichgeartete ›Rettungsschirm‹ entpuppte sich als Fallstrick und hat Irland zu einer ökonomischen Abwärtsspirale verurteilt, die nun von den Finanzmärkten zusätzlich abgestraft wird. Während isländische Staatsanleihen wieder Abnehmer finden, müssten die Irländer auf den Finanzmärkten nach wie vor irrwitzige Zinsen bezahlen. So bleiben sie am Tropf ihrer ›Retter‹ EU und IWF.

Spekulation ist die Verabschiedung jeder Form von Rationalität. Dieser Abschied hat allerdings seinen realen, rationalen Hintergrund: die gewaltige Überakkumulation von Kapital auf den Finanzmärkten. Zwischen 1980 und 2007 stiegen die weltweiten Vermögen dreimal schneller als der Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen. Dieser Vermögensüberhang wurde in der Krise von 2008 nicht bereinigt. Im Gegenteil: Dank der Staatsinterventionen wurde gutes Steuergeld schlechten, toxischen Wertpapieren nachgeworfen. Gemessen an der Entwicklung der so genannten Realwirtschaft sind die Finanzmärkte also nach wie vor vollkommen überdimensioniert. Auch den NZZ-Chefredaktor Markus Spielmann befallen Zweifel an der Gesundheit der Finanzmärkte, »wenn man sich vor Augen führt, wie viel billiges Geld noch immer in das System fließt« (›Mehr als eine Fussnote‹, NZZ-Leitartikel vom 19./20.3.11). Genau solche überschüssigen Kapitalmengen sind die beste Garantie für die ständige Neubelebung einer spekulativ-destruktiven Dynamik.

Keine ›Schuldenkrise‹, sondern eine Steuerverweigerungskrise

Die Krise der Finanzmärkte hat das neoliberale Dogmengebäude im Kern getroffen. Die wirtschaftspolitische Praxis wurde auf den Kopf gestellt: In den Jahren 2007 und vor allem 2008 bedienten sich die neoliberalen Machteliten hemmungslos und in historisch einmaligen Größenordnungen der ansonsten so ungeliebten Staatskassen, um die Finanzmarkt-Maschinerie am Funktionieren zu halten. Staatliche Bürgschaften und Rettungspakete erreichten die einmalige Höhe von 11'000 Milliarden US-Dollar. In der Folge schien es während einiger Monate, als würden die Eliten ernsthaft einen Paradigmenwechsel – zum Beispiel einen modernisierten Keynesianismus – erwägen. Zwingender Bestandteil eines solchen Wechsels hätte allerdings eine entschlossene Wende in der Steuerpolitik sein müssen. Die neoliberale Steuerpolitik der vergangenen 30 Jahre hatte ja gerade wesentlich zur Umschichtung des Reichtums in Richtung der Finanzmärkte beigetragen. Beispiel



Essay

Schweiz: Wären die Unternehmen 2006 zu den gleichen effektiven Sätzen besteuert worden wie 1990, dann hätten sie beinahe dreimal so viel Steuern abliefern müssen (rund 45 Milliarden Franken), wie sie in Wirklichkeit bezahlt haben (16,3 Milliarden Franken). Denn einerseits kletterte die Summe aller versteuerten Reingewinne von 38,7 Milliarden Franken im Jahr 1990 auf die unglaubliche Zahl von 231,3 Milliarden Franken im Jahr 2006. Andererseits sank der Prozentsatz der Steuern, die von den Unternehmen auf diese Gewinnsumme bezahlt worden sind, von 19,3 (1990) auf 7,1 Prozent (2006).

Die ›Schulden‹-Krise ist also in Wahrheit eine Verweigerungskrise: Die bürgerlichen Eliten weigern sich, den für das Funktionieren der Staaten notwendigen Teil ihrer Gewinne, Vermögen und Abzocker-Einkommen einzubringen. In der Verarbeitung der Krise von 2009 wären mit höheren Steuern auf Boni, höchsten Einkommen, hohen Gewinnen und Vermögen gleich drei Fliegen auf einen Schlag zu treffen gewesen. Erstens hätten die aufgeblähten Finanzmärkte durch die steuerliche Abschöpfung eines Teils der Finanzvermögen ›entwässert‹ werden können. Zweitens wären die Kosten der Rettungsaktionen verursachergerecht beglichen worden. Und drittens wären neue, sinnvolle Investitionen – etwa in den ökologischen Umbau und in den Ausbau der Care-Ökonomie – finanzierbar geworden. Doch statt einer Steuerwende lancierte das international agierende Bürgertum Sparoffensiven gegen die eigenen Bevölkerungen.

Neoliberalismus 2.0: Neu- oder Totgeburt?

2011 wird der vorherrschende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskurs wieder von neoliberalen Strickmustern dominiert, als hätte es keine Erschütterungen gegeben. Die Krise ist zu einer Krise der Staatsschulden umgeschrieben worden. Ursache der Schulden seien hohe Sozialausgaben, wuchernde Bürokratien, ein überbordender Etatismus. Die Heilung liege in Sozialabbau, Lohnverzicht, längeren Arbeitszeiten, Abbau von öffentlichen Diensten, Privatisierungen, Deregulierungen... kurz: das ganze neoliberale Schlemmerprogramm, wie es bereits vor 2007 aufgetischt worden ist.

Wie um Himmels Hergotts willen war es möglich, den Neoliberalismus in so kurzer Zeit wieder hochzupumpen, wo ihm doch 2008 beinahe die Luft ausgegangen ist? Wie – zum Beispiel – kann es gelingen, die beinahe ganze Journalistenzunft in so kurzer Zeit wieder an die neoliberale Leine zu legen? Die Gründe liegen nicht in der Kraft und Klarheit des neoliberalen Programms. Dieses Programm ist in der Praxis ge-



Essay

scheitert. Vielmehr dient der Neoliberalismus immer offenkundiger nur noch zur Rechtfertigung eines aus dem Ruder laufenden Klassenkampfes von oben. Es wäre jedoch zu einfach, diesen Klassenkampf als das einzige und alleinige Ziel des Neoliberalismus hinzustellen und ihn damit auf eine Manipulation der öffentlichen Meinung zu reduzieren. Natürlich war und ist die verstärkte Ausbeutung der Lohnabhängigen (die Erhöhung der absoluten Mehrwertrate) ein wesentliches Element der neoliberalen Praxis. Doch die Folgen der aktuellen Politik sind zu desaströs und zu gefährlich für die Dominanz des Kapitals, als dass den Machteliten unterschoben werden könnte, der gegenwärtige Lauf der Dinge sei von ihnen ganz und gar erwünscht. Im Gegenteil: Auch aus Sicht dieser Eliten ist es als gigantisches Versagen zu werten, dass sich die bürgerliche Politik zunehmend nur noch auf diesen Programmpunkt reduziert sieht und nicht viel mehr vermag, als immer mehr vom Gleichen (Verschärfung der Ausbeutung) anzupeilen. Jedes Kind weiss um die Folgen: Einschränkung der Kaufkraft und damit der Nachfrage und damit der Wirtschaft zum einen, Anheizen der sozialen Unrast und der Risiken von massiven Mobilisierungen zum anderen. Doch die Eliten sind offensichtlich nicht in der Lage, einen Wechsel der Politik zu vollziehen. Die Versuche (z.B. Sarkozy in Frankreich) blieben in den Anfängen stecken, Mahner wie die US-Ökonomen Paul Krugman, Joseph Stiglitz und andere wurden marginalisiert.

Woher kommt diese ideologisch-programmatische Borniertheit, dieser eklatante ›Mangel an Flexibilität‹? Erstens: Ein Paradigmenwechsel würde die bürgerlichen Eliten zwingen, eine neue Epoche der Gesellschaftspolitik einzuleiten, die in ihrer politischen Dynamik schwer voraussehbar wäre. Ein wichtiger Kern des neoliberalen Programms besteht nun aber gerade darin, die Politik im Sinne der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse zu entmachten und ›die Märkte‹ – insbesondere die mächtigen Konzerne – als Steuerungssystem zu etablieren. Das hat erhebliche Vorteile, nicht zuletzt für die Disziplinierung der bürgerlichen Eliten selbst. Je weniger die Politik zu sagen hat, umso weniger werden auch die Interessensgegensätze innerhalb des bürgerlichen Lagers zum Thema. Doch neue Paradigmen können nur in politischen Prozessen herausgearbeitet werden. Das hiesse, Interessenskonflikte in aller Öffentlichkeit durchzubuchstabieren und dabei Widersprüche – gerade auch zwischen den verschiedenen Fraktionen des Bürgertums – zuzulassen. Das hiesse, die Politik und das öffentlich-staatliche Eingreifen auch in Wirtschaftsfragen als wirksam anzuerkennen. Und das wiederum würde bedeuten, der Masse der Menschen vorzuleben, dass erfolgreich eingreifen kann, wer sich politisch wirksam einbringt. ›Schlimms-



Essay

tenfalls« entstände eine breite Politisierung der Bevölkerung, die in ein Wiedererstarken der Linken münden würde. Wie viel einfacher ist es doch, sich mit dem Hinweis auf unveränderliche Marktkräfte von der Politik zu verabschieden!

Zweitens wäre ein Paradigmenwechsel zwingend mit einer Umverteilung der Mittel verbunden. Zwingend deshalb, weil nur Staaten, die mit genügend Geldmitteln ausgerüstet sind, über die nötige Interventionskraft verfügen. Eine steuerpolitische Wende allerdings müsste sich offenkundig gegen die Partikularinteressen derjenigen durchsetzen, die höhere Steuern zu entrichten hätten. Das würde in den Kernzonen der bürgerlichen Macht einige Verlierer schaffen, einer Macht, gegen die sich nur ein starker »ideeller Gesamtkapitalist« (Marx) durchsetzen könnte. Ein solch starker Staat existiert aber – vielleicht mit Ausnahme von China – nirgendwo auf der Welt.

Fazit: Der Neoliberalismus 2.0 ist kein Aufbruch. Vielmehr ist er ein Zeichen dafür, dass die Eliten in ihren neoliberalen Gefängnissen eingesperrt bleiben. Ihr Gebaren mahnt an einen verängstigten Teenager, der sich im dunklen Wald verlaufen hat und nun möglichst laut die alten neoliberalen Melodien pfeift, um die Angst zu vertreiben.

Das Versagen der Linken

Es gibt einen weiteren massgeblichen Grund, weshalb der Neoliberalismus so rasch wieder die Oberhand gewinnen konnte, und den muss man laut und deutlich nennen. Es ist die unsägliche Schwäche der politischen Linken in Europa. Beispiel Island: Sozialdemokraten und Grüne sprachen sich hartnäckig für die Annahme der neoliberalen Rettungspakete aus, wie sie IWF und EU-Gremien dem Inselvolk aufoktroyieren wollten. Noch viel verheerender war und ist die Politik der »sozialistischen« Linken in den Ländern Südeuropas. Nur dank ihnen wurde es möglich, dass die neoliberale Politik erneut als alternativlos dargestellt werden kann. Wie aber hätte die Alternative ausgesehen?

Anfangen hatte die »Eurokrise« in Griechenland. Die Finanzmärkte setzten eine Spekulationswelle gegen griechische Staatspapiere in Gang, was besonders schlimm war, weil Griechenland viele kurzfristige Staatsanleihen besitzt und diese Staatspapiere deshalb in raschem Takt refinanzieren muss. Die schnell steigenden Zinsen für die neu aufzulegenden Staatspapiere begannen deshalb auch rasch, einen hohen Druck auszuüben. Diesem Druck hätte sich die griechische Regierung von Beginn weg entschlossen widersetzen müssen. Sie hätte drohen müssen, den Schuldendienst auszusetzen und die zur Auszahlung fälligen Staatsanleihen erst zu einem späteren als dem ursprünglich festgelegten Zeit-



Essay

punkt zu bedienen. Möglicherweise hätte ein solcher Schritt die Finanzmärkte rasch zum Tanzen gebracht. Das Interesse, gerade dies zu vermeiden, lag damals jedoch keineswegs nur in Griechenland. Die Gremien der EU und des IWF wären gut beraten gewesen, für allfällig nötige Zusatzkredite milde Bedingungen festzulegen, um eine Bankenkrise zu verhindern. Doch in der Zwischenzeit haben viele Banken und Anleger ihre Griechenlandtitel abgestossen oder der Europäischen Zentralbank überbürdet. Und der Tanz der Finanzmärkte ist – wenn überhaupt – bestenfalls um einige Monate verschoben worden, fällt nun aber umso heftiger aus, weil die spekulativen Angriffe auf keine Gegenwehr stossen und weil allen klar ist: Sparprogramme, wie sie jetzt aufgelegt werden, führen die betroffenen Länder in schwere Rezessionen – keine gute Voraussetzung für die Sanierung der Staatsfinanzen.

Parallel zur unnachgiebigen Haltung gegenüber den Finanzmärkten hätte die Bevölkerung mobilisiert und ein Umbau der Steuerordnung angepackt werden müssen. Für eine solche alternative Politik wäre es angezeigt gewesen, ein europaweites Bündnis unter Einbezug von Gewerkschaften, Parteien und Bewegungen zu schmieden. Dabei hätte zum Beispiel der Druck auf die Schweiz, das schmutzige Steuerhinterziehungsgeschäft der hiesigen Banken zu stoppen, deutlich erhöht werden können. Mit einem solchen Bündnis für eine alternative Krisenbewältigung wäre in Europa eine attraktive Alternative zum neoliberalen Programm verfügbar geworden. Diese hätte auf weitere Politikfelder – etwa auf eine koordinierte europäische Mindestlohnpolitik, die Regulierung der Finanzmärkte, die Aufwertung der öffentlichen Dienste, die Gewährleistung der sozialen Sicherungssysteme, usw. – ausgeweitet werden können. Doch von solchen Schritten ist keine Spur zu sehen. Es bräuchte eben eine europaweit vernetzte linke Politik, wird man denken, und die fehle wohl. Nun, wer weiss, dass es eine Sozialistische Internationale gibt? Und wer weiss, dass Giorgos Papandreou Präsident dieser Internationale ist?

Weil sich sozialistische Regierungen nicht nur in Griechenland, sondern auch in Portugal und Spanien in die Rolle der Erfüllungsgehilfen der Finanzmärkte fügten und die Kosten der Krise ihren Bevölkerungen aufzubürden begannen, erschien es in den Augen vieler Leute so, als gäbe es keine Alternative zu den neoliberalen Sanierungsprogrammen, bestenfalls gewisse Modifikationen daran. Eigenartig ist, dass es nur dem isländischen Volk eingefallen ist, sich dem Diktat der EU und der IWF zu widersetzen – und einer weiteren europäischen Regierung: Der rechtsautoritären Regierung von Viktor Urban in Ungarn...